



HESSISCHER LANDTAG

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Keine Zerschlagung der Jobcenter - keine Verschlechterungen für Arbeitslose durch die schwarz-gelbe Bundesregierung !

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag kritisiert, dass die CDU/FDP Koalition auf Bundesebene sich bei der notwendigen Neuordnung der Jobcenter auf die schlechteste aller Lösungen geeinigt hat: Die faktische Zerschlagung der Arbeitsgemeinschaften (ARGEN) als Träger von Jobcentern.
2. Durch den Beschluss der zukünftig getrennten Trägerschaft von Agenturen für Arbeit und Kommunen werden die Arbeitslosen der ARGEN die Leidtragenden sein. Sie werden keine Leistungen mehr aus einer Hand bekommen, sondern mit doppelten Ämtergängen und doppelter Antragsbürokratie konfrontiert sein. Diese getrennte Aufgabenwahrnehmung ist ein Rückfall in alte Zeiten vor der Zusammenlegung der Sozial- und Arbeitslosenhilfe.
3. Der Landtag kritisiert weiterhin, dass durch die getrennten Zuständigkeiten der Bundesagentur für Arbeit wieder die alleinige Zuständigkeit für die arbeitsmarktpolitischen Instrumente und Hilfen zufällt. Damit wird der zentralistische Zugriff der Bundesagentur für Arbeit gestärkt, lokale Entscheidungen erschwert.
4. Der Landtag kritisiert auch das Vorhaben der CDU/FDP-Koalition auf Bundesebene, die arbeitsmarktpolitischen Instrumente „deutlich zu reduzieren“. Gerade diese umfangreichen, flexiblen und kreativen Instrumente der Eingliederungshilfen sind Kernstück moderner und aktivierender Arbeitsmarktpolitik. Sie zu reduzieren schadet den Hilfesuchenden und verhindert deren umfassende Unterstützung und damit eine mögliche rasche Integration in den Arbeitsmarkt.
5. Der Landtag fordert deshalb -wie im Jahre 2008 unter Zustimmung von CDU und FDP bereits geschehen- erneut die Landesregierung auf, auf Bundesebene und im Bundesrat ihren Einfluss dahingehend auszuüben, dass die Bundesregierung die Kraft zu einer Grundgesetzänderung aufbringt, die Hilfen für Arbeitslose in

einer Hand und unter einem Dach auch zukünftig ermöglicht. Die Kommunen, ihre Eigenständigkeit, ihre Kompetenzen und ihre Instrumente in der lokalen Arbeitsmarktpolitik müssen gestärkt werden, anstatt sie zu schwächen.

Begründung:

Der Landtag hat sich am 21. Mai und 14. August 2008 zwei Mal mit dem Thema Zukunft der Jobcenter durch die Anträge „Trägerschaft im SGB II“, sowie „Fördern und Fordern“ befasst. Er hat dabei mehrheitlich unter Zustimmung von CDU und FDP die Landesregierung aufgefordert bei der Bundesregierung für folgende Forderungen einzutreten:

- „für Leistungen für Hilfen für die betroffenen Menschen aus einer Hand und einem Guss“,
- „für dezentrale Entscheidungsstrukturen vor Ort“,
- „für eine Stärkung der kommunalen Kompetenz“,
- „für die Schaffung der Möglichkeit zur Fortführung der Zusammenarbeit“ vor Ort ausgesprochen.

Die Landesregierung war aufgefordert, dafür einzutreten, dass die notwendigen arbeitsmarktpolitische Angebote für Arbeitssuchende nicht eingeschränkt, sondern im Gegenteil durch passgenaue Hilfen die Integration in den ersten Arbeitsmarkt erleichtert werden sollten.

Durch die Beschlüsse des Koalitionsvertrages auf Bundesebene wurde aber genau das Gegenteil beschlossen. Die 13 ARGEN in Hessen und die von ihnen betreuten Arbeitslosen werden die Leidtragenden sein.

Wiesbaden, den 10. November 2009

Der Fraktionsvorsitzende
Tarek Al-Wazir



Eingegangen am

Eilausfertigung am

Ausgegeben am